

Ist die Soziale Marktwirtschaft noch zukunftsfähig?

Über die Weiterentwicklung des Modells Deutschland

von Michael Vassiliadis

»Die häufig als Glaubenskrieg mit Ideologiegehalt geführten Auseinandersetzungen um den zukünftigen Weg lähmen mehr, als dass sie einen sinnvollen Blick schärfen.«

Die Bewertungen der aktuellen Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland gehen auseinander. Dabei sind grundsätzlich zwei Standpunkte zu unterscheiden, die sich auch ziemlich exakt spezifischen Vertretern zuordnen lassen: diejenigen, die das Ende der sozialen Marktwirtschaft prophezeien und die Unmöglichkeit der systemischen Veränderung hervorheben, und diejenigen, die die Stärken des Modells Deutschland erkennen und Möglichkeiten einer Weiterentwicklung für die Zukunft fördern.

Nach Auffassung der eher skeptischen Beobachter entsprach das deutsche Wirtschafts- und Sozialmodell bis in die 1970er oder 1980er Jahre den tatsächlichen Bedingungen und Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft. Unter den Bedingungen des verschärften globalen Wettbewerbs soll das deutsche Modell aber nicht mehr funktionsfähig sein. Als Indizien werden das vergleichsweise schleppende Wirtschaftswachstum und die hohe Arbeitslosigkeit genannt. Und: Die großen Verbände der Arbeitgeber und die Gewerkschaften als wichtige Repräsentanten des Modells Deutschland haben nicht die Kraft, den Modernisierungsprozess der Gesellschaft voran zu bringen.

Diejenigen, die die Reformmöglichkeiten im Blick haben, sehen zwar ebenso die Gefährdungen für den »rheinischen Kapitalismus«, pochen aber auf die strukturelle und langfristige Stärke des Modells. Sie führen die Schwäche des Wirtschaftswachstums und die Arbeitslosigkeit nicht auf eingebaute Bremsen des Modells Deutschland zurück. Die Wachstumsschwäche sei vielmehr aus Sättigungseffekten im Markt und Nachfrageschwäche im Inland induziert. Ausschlaggebend für die Massenarbeitslosigkeit seien das Fehlen spezifischer Dienstleistungsbereiche im Arbeitsmarkt, hohe Rationalisierungseffekte in der Industrie und die Inkongruenz von nachgefragten Qualifikationen. Außerdem werden der Exporterfolg der deutschen Industrielandschaft und die hohe Produktivität der deutschen Arbeitnehmer sowie der koordinierte Charakter des deutschen Wirtschaftssystems als Stärken hervorgehoben.

Offenkundig werden unterschiedliche Aspekte des Ganzen in den Blick genommen und unterschiedlich gewichtet. Es ergibt sich kein klares einheitliches Bild. Das heißt aber auch, es gibt keine eindeutige Notwendigkeit für einen Modellwechsel, sehr wohl aber gibt es einen Modernisierungsbedarf. Die häufig als



Glaubenskrieg mit Ideologiegehalt geführten Auseinandersetzungen um den zukünftigen Weg lähmen mehr, als dass sie einen sinnvollen Blick schärfen. Die wesentlichen Elemente des deutschen Modells mit ihren Kernelementen Tarifautonomie, Mitbestimmung und Sozialstaat sind zukunftsträchtig. Wir haben in Deutschland einen leistungsfähigen Sozialstaat und einen öffentlichen Sektor, der auch den internationalen Vergleich nicht scheuen muss. Dennoch führt kein Weg daran vorbei, die Qualität und Zielorientierung zu verbessern und zu verfeinern.

Die zentralen Elemente Tarifautonomie und Mitbestimmung sind politisch umstritten. Die Angriffe von Teilen der

Arbeitgeber und der Vertreter eines radikalen wirtschaftsliberalen Weltbildes zielen nicht auf die Weiterentwicklung und Modernisierung des deutschen Modells, sondern auf die Einschränkung seiner Funktionen ab. Es ist deshalb alles andere als unerheblich, dass Bundeskanzlerin Merkel und Bundespräsident Köhler im Jahr 2006 die Stärken und die Zukunftsfähigkeit des Modells Deutschland hervorgehoben haben. Die Bundeskanzlerin hat sich zur Mitbestimmung bekannt, und der Bundespräsident hat die wichtige Rolle starker Arbeitgeberverbände und starker Gewerkschaften gewürdigt, die autonom, ohne Einmischung des Staates, ihre Interessen verhandeln. Dies sind

wichtige politische Signale, um die Modernisierung weiter voranzutreiben.

Generell fehlt es nicht an Anknüpfungspunkten. Es gibt eine ausgebreitete politische und wissenschaftliche Diskussion, die von Michel Alberts »Kapitalismus contra Kapitalismus« über die »Ruckrede« des Altbundespräsidenten Roman Herzog bis aktuell zur Föderalismusreform reicht. Als Beitrag zur Weiterführung dieser Diskussion will ich auf zwei Dimensionen des Verantwortungsbegriffes hinweisen. Ich vertrete die These, dass das Modell Deutschland weiter entwickelt werden kann, wenn sich Politik, Arbeitgeber und Gewerkschaften über neue Verantwortlichkeiten in Wirt-

»Die Schlüsselfrage für die Zukunft unserer Industrien ist die Fähigkeit zur Innovation«

schaft und Gesellschaft verständigen. Ein dezidierter Diskurs über Verantwortung kann die Handlungsfähigkeit der strategisch relevanten Akteure nachhaltig verbessern. Es gibt dabei zwei Dimensionen von Verantwortung. Die Verantwortung der Unternehmen gegenüber der Gesellschaft und die Verantwortung von Politik und Gesellschaft gegenüber der Wirtschaft. Sprechen wir zuerst über die Unternehmer und Arbeitgeber.

Ein Unternehmer, der seine Verantwortung für die Gesellschaft wahrnimmt, richtet sein Handeln nicht ausschließlich am Markt und den Interessen der Aktionäre aus, sondern hat auch die Interessen seiner Mitarbeiter und der Gesellschaft im Blick. Was die Gesellschaft betrifft, ist es eines der wichtigsten Ziele, den Wohlstand zu erhalten und eine wachsende Zahl von Menschen daran zu beteiligen. Zugespielt: Die Schlüsselfrage für die Zukunft unserer Industrien ist die Fähigkeit zur Innovation. Innovationen in der Industrie und im Dienstleistungssektor gehören ins Zentrum der Wirtschaftspolitik. Das ist die eine Seite. Andererseits werten die industrielle Wissensgesellschaft und die wachsende strategische Bedeutung von Innovationen Bildung und Qualifikationen auf. Menschliche Fähigkeiten werden für den wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens wichtiger als Kapital und Sachanlagenvermögen. Innovationen in der Industrie und in den Dienstleistungssektoren beruhen maßgeblich auf einer guten Organisation der Arbeit, die die Fähigkeiten qualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anerkennt und nutzt.

In politische Begrifflichkeiten übersetzt: Erfolgreiche Wertschöpfung hängt von

der Teilhabe qualifizierter Arbeitnehmer und der optimalen Nutzung der betriebspolitischen und tarifvertraglichen Umsetzungsmöglichkeiten ab. Mitbestimmung ist nicht nur aus demokratietheoretischen Gründen, sondern auch aufgrund ihrer operativen Vorteile geboten. Sie trägt in vielen Fällen dazu bei, dass Unternehmen besser funktionieren. Die Vorschläge zur Verbetrieblichung der Tarifpolitik, die die Sozialpartner aus ihrer Verantwortung drücken und nur noch Betriebsräte agieren lassen wollen, sind aus ordnungspolitischen und praktischen Gesichtspunkten nicht überzeugend. Es ist nicht einzusehen, warum bei der Zusammenarbeit der Tarifpartner die großen unerschlossenen Potenziale an organisatorischem Verstand und wirtschaftlicher Vernunft nicht gehoben werden sollen. Und es macht auch wenig Sinn, die Betriebsräte und Manager, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen, mit Umsetzungsaufgaben zu überlasten.

Außerdem ist der gesellschaftliche Teil der Innovationen nicht gut ausgeleuchtet. Gegenwärtig bleibt es zu sehr im Dunkeln, dass viele innovative Produkte und Dienstleistungen das Leben einfacher und angenehmer machen können. Um das Reizthema »Bio/Gen« anzuschneiden: Wir können die Chancen der Bio- und Gentechnologie nutzen, wenn wir verantwortungsvoll handeln und weltweit Schrittmacher werden. Innovationen brauchen allerdings eine gegenüber Neuerungen aufgeschlossene Gesellschaft. Dabei lehnen Verbraucher neueren Umfragen zufolge gentechnisch veränderte Lebensmittel nicht mehr grundsätzlich ab. Unser Gentechnikgesetz wird allerdings bis auf den heutigen Tag dem Anspruch, Innovationen zu fördern, nicht gerecht.

Für die Individuen ist Bildung der Schlüssel zu Einkommen, sozialem Aufstieg, Teilhabe am politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben und der Entwicklung des Selbstwertgefühls. Aber, und hier kommt die Verant-

wortung von Politik und Gesellschaft gegenüber den Unternehmen ins Spiel, Bildung ist auch ein Wachstumstreiber für die Wirtschaft. Beide Zielsetzungen und Funktionen der Bildung müssen zusammen gesehen werden. Unternehmen, die Innovationen voran bringen wollen, sind darauf angewiesen, dass Politik neben Forschung und Infrastruktur auch in Bildung investiert und ein gutes Angebot an qualifizierten Menschen schafft. Von diesen guten Rahmenbedingungen sind wir gegenwärtig noch ein Stück weit entfernt.

Deshalb halte ich eine »Offensive Bildung« in Deutschland für notwendig. Eine solche Offensive sollte sich jedoch nicht auf fachliche Qualifikationen im engeren Sinn beschränken, sondern auf die Grundlage eines umfassenden Bildungsverständnisses gestellt werden. Es ist wichtig, dass die Menschen nicht nur die grundlegenden Kulturtechniken beherrschen, sondern sich auch selbstständig orientieren und mit kritischen Situationen umgehen können. Das wäre, mit Begriffen einer Wertepolitik gefasst, ein Schritt zu mehr individueller Freiheit. Er müsste jedoch um die Kompetenz erweitert werden, gemeinsam mit anderen Menschen handeln zu können. Und damit Freiheit und Solidarität nicht zu einem Privileg werden, muss es sozial gerechte Bildungszugänge geben. Dabei ist die Frage der Finanzierung einer »Offensive Bildung« nicht zu vernachlässigen. Die »Finanzarchitektur« muss bedacht werden. Der Gedanke, den Bürgerstatus gegenüber dem Erwerbsstatus aufzuwerten, ist plausibel. Aber er muss durch überzeugende operative Lösungen an Anschauungskraft gewinnen.

.....
Michael Vassiliadis ist Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der Industriewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie.